

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

23. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 14. Januar 1970	Nummer 7
---------------------	--	-----------------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
2106	16. 12. 1969	RdErl. d. Innenministers Diplomaten und andere bevorrechtigte Personen	44
2435	17. 12. 1969	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Durchführung des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlins (West) in Gewahrsam genommen wurden (Häftlingshilfegesetz — HHG); Betriebsmittelanforderung, Buchung, Abrechnung und Rechnungsprüfung . . .	44
26	16. 12. 1969	RdErl. d. Innenministers Richtlinien über die Einreise und den Aufenthalt der Mitglieder diplomatischer Missionen, konsularischer Vertretungen und Handelsvertretungen im Bundesgebiet sowie der Mitglieder internationaler Organisationen und Institutionen, die ständig im Bundesgebiet tätig sind	44
763	11. 12. 1969	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Höchstversicherungssummen in der Kindertodesfallversicherung	44
9231	4. 12. 1969	Gem. RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr u. d. Innenministers Gelegenheitsverkehr zum Zwecke des Krankentransports mit Krankenkraftwagen	44

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Seite
Innenminister	
16. 12. 1969	Gem. RdErl. — Empfehlungen des Europarates zur Rehabilitation der Behinderten
Arbeits- und Sozialminister	
26. 11. 1969	RdErl. — Ferienordnung für das Jahr 1970; Änderung des Termins der Sommerferien
Kultusminister	
26. 11. 1969	Personalveränderungen Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Hinweise	
Nr. 82 v. 17. 12. 1969	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen
Nr. 83 v. 18. 12. 1969	48
Nr. 84 v. 19. 12. 1969	48
Nr. 85 v. 23. 12. 1969	48
Nr. 86 v. 29. 12. 1969	49
Nr. 87 v. 30. 12. 1969	49
Nr. 12 — Dezember 1969	Inhalt des Amtsblattes des Kultusministeriums Land Nordrhein-Westfalen
Nr. 24 v. 15. 12. 1969	49
Nr. 24 v. 15. 12. 1969	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen
	50

I.

2106

**Diplomaten
und andere bevorrechtigte Personen**

RdErl. d. Innenministers v. 16. 12. 1969 —
I C 3'41.62-43.18-43.361

Mein RdErl. v. 18. 4. 1967 (SMBL. NW. 2106) wird wie folgt geändert:

1. Auf der ersten Seite des Runderlasses ist zum Text des Abschnitts I „Allgemeines“ folgende Fußnote einzufügen:

Inzwischen hat die Bundesrepublik auch das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24. April 1963 durch Gesetz vom 26. August 1969 (BGBl. II S. 1585) ratifiziert.

2. In Abschnitt II wird hinter dem Unterabschnitt G folgender neue Unterabschnitt H eingefügt:

Familienmitglieder im Sinne dieses Runderlasses sind

- a) der Ehegatte und die minderjährigen Kinder der privilegierten Person, vorausgesetzt, daß sie mit ihr in einem Haushalt leben. Eine vorübergehende Abwesenheit (z. B. zum auswärtigen Studium) ist hierbei ohne Bedeutung;
- b) die volljährige unverheirateten Kinder sowie die Eltern und Schwiegereltern der privilegierten Person — unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit — soweit sie mit der privilegierten Person in einem Haushalt leben und von ihr wirtschaftlich abhängig sind. Die Frage der wirtschaftlichen Abhängigkeit wird nach den Einkommens- und Vermögensverhältnissen des betreffenden Familienmitglieds von dem in der Bundesrepublik zuständigen Finanzamt beurteilt. Diese Beurteilung erfolgt im Einzelfall nach der Abgabe einer Erklärung über das Einkommen und das Vermögen des betreffenden Familienmitglieds.

Für andere als die unter a) und b) genannten Personen (entferntere Verwandte der privilegierten Person in gerader Linie oder in der Seitenlinie) kommt eine Bevorrechtigung nach diesem Erlass grundsätzlich nicht in Betracht. In besonderen Ausnahmefällen ist mir Bericht zu erstatten; ich werde sodann im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt und den zuständigen Fachressorts prüfen, ob die besonderen Umstände dieses Falles eine andere Entscheidung rechtfertigen.

— MBL. NW. 1970 S. 44.

2435

**Durchführung des Gesetzes
über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus
politischen Gründen in Gebieten außerhalb der
Bundesrepublik Deutschland und Berlins (West)
in Gewahrsam genommen wurden
(Häftlingshilfegesetz — HHG)
Betriebsmittelanforderung, Buchung,
Abrechnung und Rechnungsprüfung**

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 17. 12. 1969 —
V A 1 — 9330 — 60 — 17'69

Nummer 1.2 meines RdErl. v. 15. 10. 1962 (SMBL. NW. 2435) erhält folgende Fassung:

Die Ausgaben sind im Bundeshaushalt ab 1. 1. 1970 bei Kap. 06 40, Titel 681 06, etwaige Einnahmen bei Kap. 06 01, Titel 119 99, nachzuweisen.

— MBL. NW. 1970 S. 44.

26

Richtlinien

über die Einreise und den Aufenthalt der Mitglieder diplomatischer Missionen, konsularischer Vertretungen und Handelsvertretungen im Bundesgebiet sowie der Mitglieder internationaler Organisationen und Institutionen, die ständig im Bundesgebiet tätig sind

RdErl. d. Innenministers v. 16. 12. 1969 —
I C 3'43.18

Mein RdErl. v. 29. 3. 1969 (MBL. NW. S. 730/SMBL. NW. 26) wird wie folgt geändert:

1. Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 4; in der ersten Zeile des Textes dieser Nummer ist das Wort „ferner“ zu streichen.
2. Nach Nummer 2 wird folgende neue Nummer 3 eingefügt:

Der Begriff des Familienangehörigen im Sinne der Nummer 1 und 2 richtet sich nach Abschnitt II H meines RdErl. v. 18. 4. 1967 (SMBL. NW. 2106).

— MBL. NW. 1970 S. 44.

763

**Höchstversicherungssummen
in der Kindertodesfallversicherung**

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 11. 12. 1969 — II/A 3 — 190—06—02 — 75'69

Mein RdErl. v. 12. 9. 1968 (SMBL. NW. 763) wird wie folgt geändert:

In Absatz 1 Zeile 6 wird der Betrag von 1 500,— DM durch 2 000,— DM ersetzt.

— MBL. NW. 1970 S. 44.

9231

**Gelegenheitsverkehr
zum Zwecke des Krankentransports
mit Krankenkraftwagen**

Gem. RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr — IV/A 3 — 31—64 — 68.69 — u. d. Innenministers — VI B 6 — 03.57.05 — v. 4. 12. 1969

Der Gem. RdErl. v. 20. 5. 1969 (SMBL. NW. 9231) wird wie folgt ergänzt:

5 **Übergangsregelung**

Bis zum Ablauf der Gültigkeitsdauer zur Zeit bestehender Genehmigungen ist wie folgt zu verfahren:

5.1 **Austausch von Kraftfahrzeugen (§ 9 Abs. 2 PBefG)**

Bei Austausch eines Kraftfahrzeuges muß das neu zum Einsatz gelangende Kraftfahrzeug gemäß Nummer 2.14 des Runderlasses den DIN-Vorschriften 75 080 entsprechen.

Auch im Falle des Austauschs eines Kraftfahrzeuges ist das Gesundheitsamt vor Erteilung der Genehmigung zu beteiligen. Seine Stellungnahme beschränkt sich auf die Prüfung, ob im Hinblick auf die in Nummer 2.14 des Runderlasses genannten Verwendungsmöglichkeiten vom Antragsteller ein Rettungswagen (RTW) oder ein Krankentransportwagen (KTW) benötigt wird und ob die Ausrüstung und Ausstattung des Fahrzeugs den DIN-Vorschriften entspricht.

5.2 Genehmigungsvoraussetzungen, Bedingungen und Auflagen

Die Erfüllung der übrigen Genehmigungsvoraussetzungen (Nummern 2.11, 2.12 und 2.13 des Runderlasses) kann nicht nachträglich, sondern erst bei Wiedererteilung der Genehmigung gefordert werden. Das gleiche gilt für die Aufnahme von Bedingungen und Auflagen (Nummer 2.2 des Runderlasses).

6 Ausnahmen von den Genehmigungsvoraussetzungen

Die Genehmigungsbehörden können für Krankenkraftwagen, die bis zum **31. 8. 1969** beschafft wurden, im Einvernehmen mit den Gesundheitsämtern Ausnahmen von den unter Nr. 2.14 des Bezugserlasses genannten Genehmigungsvoraussetzungen zulassen. Die Ausnahmegenehmigung ist an das Fahrzeug gebunden. Sie ist bis zur voraussichtlichen Ausmusterung des Kraftfahrzeuges, längstens jedoch bis zum **31. 8. 1973**, auf jederzeitigen Widerruf zu erteilen. Die im Einzelfall festzusetzende Gültigkeitsdauer der Ausnahmegenehmigung ist danach zu bemessen, wie erheblich die Abweichungen der Eigenschaften des Fahrzeuges oder seiner Ausstattung gegenüber der DIN-Vorschrift 75 080 sind.

— MBl. NW. 1970 S. 44.

II.

Innenminister

Arbeits- und Sozialminister

Empfehlungen des Europarates zur Rehabilitation der Behinderten

Gem. RdErl. d. Innenministers — VI A 5 — 41.75.44 — u. d. Arbeits- u. Sozialministers — IV A 3 — 4470.5 — v. 16. 12. 1969

Der Gemeinsame Ausschuß des Europarates für die Eingliederung und die Wiedereingliederung der Behinderten hat im Rahmen des Teilabkommens unter Beteiligung Österreichs zwei neue Empfehlungen beschlossen.

Die Empfehlung Nr. XXX befaßt sich mit der Rehabilitation alter Menschen, die zu Hause oder in Altersheimen gepflegt werden, die Empfehlung Nr. XXXI mit der Herstellung und Lieferung von Kunstgliedern.

Das Ministerkomitee des Europarates hat diese Empfehlungen gebilligt und sie den beteiligten Regierungen übermittelt. Vom Gemeinsamen Ausschuß für die Eingliederung und Wiedereingliederung der Behinderten sind bis zum 27. Mai 1960, dem Datum der Übertragung der sozialen Tätigkeiten der Westeuropäischen Union auf den Europarat, 21 Empfehlungen angenommen worden (Empfehlungen I bis XXI). Sie sind im Bundesarbeitsblatt Nr. 18/1958, Nr. 4/1962 und Nr. 22/1962, im Bundesgesundheitsblatt Nr. 16/1958, Nr. 9/1962 und Nr. 7/1963 sowie im Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge Nr. 9—10/1958 (Sonderbeilage), Nr. 3/1962 und Nr. 3/1963 veröffentlicht. Bei ihnen bleibt es bei der bisherigen Numerierung.

Bei den im Bundesarbeitsblatt Nr. 10/1965 und Nr. 1—2/1968, im Bundesgesundheitsblatt Nr. 15/1965 und Nr. 5/1968 sowie im Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge Nr. 6/1965 und Nr. 3/1968 veröffentlichten Empfehlungen treten folgende Änderungen in der Numerierung ein:

- a) die Empfehlung Nr. XXII über die Rehabilitation alter Menschen erhält die Nr. XXIII,
- b) die Empfehlung Nr. XXIII über Gesundheitserziehung erhält die Nr. XXIV,
- c) die revidierte Empfehlung Nr. XII über wettbewerbsgeschützte Beschäftigung erhält die Nr. XXV,
- d) die Empfehlung XXIV über ankylosierende Spondylarthritis erhält die Nr. XXVII,
- e) die revidierte Empfehlung Nr. VI über Gehörlose und Schwerhörige erhält die Nr. XXVIII,

f) die Empfehlung Nr. XXV über Sprachgeschädigte erhält die Nr. XXIX.

Um eine weitgehende Veröffentlichung der Empfehlungen zu erleichtern, hat der Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung auch deutsche Übersetzungen der Empfehlungen Nr. XXII, XXVI, XXX und XXXI erarbeiten lassen. Sie sind in Nr. 1 des Bundesarbeitsblattes 1969 auf S. 45 ff., in Nr. 7 des Nachrichtendienstes des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 1969 auf S. 190 ff. und in Nr. 1 des Bundesgesundheitsblattes 1969 auf S. 12 veröffentlicht.

Wir bitten, Sorge dafür zu tragen, daß die Empfehlungen in der Praxis so weit wie möglich berücksichtigt werden.

— MBl. NW. 1970 S. 45.

Kultusminister

Ferienordnung für das Jahr 1970 Änderung des Termins der Sommerferien

RdErl. d. Kultusministers v. 26. 11. 1969 —
III B 36—70° 0 Nr. 5391 69

Um eine bei einem gleichzeitigen Beginn der Sommerferien in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zu befürchtende übermäßige Verkehrssballung zu vermeiden, wird der Termin der Sommerferien für das Jahr 1970 folgendermaßen abgeändert:

Erster Ferientag	Letzter Ferientag
Samstag	Samstag
18. 7. 1970	5. 9. 1970

Die vier zusätzlichen Ferientage werden nicht auf spätere Ferien angerechnet.

— MBl. NW. 1970 S. 45.

Personalveränderungen

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Ministerium

Es sind ernannt worden:

Regierungsbaudirektor Dipl.-Ing. W. Baumgart zum Ministerialrat,

Regierungsveterinärdirektor Dr. med. vet. W. Gründler zum Ministerialrat nach Versetzung vom Landkreis Moers in den Landesdienst,

Regierungsdirektor Dipl.-Landwirt Dr. K. Panse zum Ministerialrat,

Regierungsdirektor Dr. L. Pielow zum Ministerialrat,

Regierungsdirektor Dipl.-Landwirt Dr. H. Reichelt zum Ministerialrat,

Regierungsdirektor Dipl.-Landwirt Dr. H. Reuter zum Ministerialrat,

Regierungsdirektor Dr. O.-K. Trahms zum Ministerialrat,

Regierungsdirektor K.H. Wächter zum Ministerialrat, Oberregierungsrat G. Huber zum Regierungsdirektor nach Versetzung vom Landesamt Nordrhein für Flurbereinigung und Siedlung — Düsseldorf —.

Oberforstmeister Dipl.-Forstwirt F. Rost zum Landforstmeister,

Regierungsrat Dipl.-Landwirt Dr. P. von der Crone zum Oberregierungsrat,

Regierungsrat Dipl.-Landwirt Dr. H.-H. Bentrup zum Oberregierungsrat,

Regierungsrat Dr. T. Weinheimer zum Oberregierungsrat nach Versetzung vom Regierungspräsidenten — Düsseldorf —,

Regierungsveterinärrat Dr. med. vet. R. Larsen zum Oberregierungsveterinärrat,

Regierungsrat Dipl.-Landwirt H. Scheja zum Oberregierungsrat.

Es sind in den Ruhestand getreten:

Regierungsdirektor Dipl.-Landwirt Dr. K.-H. Pütz,
Ministerialrat Dipl.-Landwirt Dr. H. Reichelt,
Ministerialrat Dipl.-Ing. F. Sander.

Nachgeordnete Behörden

Es sind ernannt worden:

Landesamt für Ernährungswirtschaft Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Regierungsrat J. Pitz zum Oberregierungsrat,

Regierungsrat z. A. Dipl.-Landwirt Dr. W. Gimmeler zum Regierungsrat,

Landesamt Nordrhein für Flurbereinigung und Siedlung — Düsseldorf —

Regierungsdirektor G. Schmeiduch zum Leit. Regierungsdirektor,

Regierungsvermessungsdirektor Dipl.-Ing. W. Nordmann zum Leit. Regierungsvermessungsdirektor,

Regierungsvermessungsdirektor G. Mülln zum Leit. Regierungsvermessungsdirektor,

Landesamt Westfalen für Flurbereinigung und Siedlung — Münster —

Regierungsdirektor H. O. Burgdorf zum Leit. Regierungsdirektor,

Oberregierungs- und -baurat Dipl.-Ing. K. Limpert zum Regierungbaudirektor,

Regierungspräsident — Aachen

Oberforstmeister Dipl.-Forstwirt P. Gehlen zum Landforstmeister,

Regierungspräsident — Arnsberg

Landforstmeister Dip.-Forstwirt H.-J. Wild zum Oberlandforstmeister,

Regierungbaudirektor Dipl.-Ing. B. Brenke zum Leit. Regierungbaudirektor,

Regierungsveterinärdirektor Dr. med. vet. H. Strerath zum Leit. Regierungsveterinärdirektor,

Oberregierungs- und -baurat Dipl.-Ing. G. Seidel zum Regierungbaudirektor,

Regierungspräsident — Düsseldorf

Regierungbaudirektor Dipl.-Ing. A. Derpa zum Leit. Regierungbaudirektor,

Regierungsveterinärdirektor Dr. med. vet. B. Reinus zum Leit. Regierungsveterinärdirektor,

Oberregierungs- und -baurat Dipl.-Ing. P. Huber zum Regierungbaudirektor,

Oberregierungs- und -veterinärrat Dr. med. vet. K.-F. Reiffer zum Regierungsveterinärdirektor.

Regierungspräsident — Köln

Landforstmeister Dipl.-Forstwirt Dr. G. Pöppinghaus zum Oberlandforstmeister,

Regierungbaudirektor Dipl.-Ing. G. Stadermann zum Leit. Regierungbaudirektor,

Regierungsbauassessor Dipl.-Ing. R. Engelhardt zum Regierungsbaurat,

Regierungspräsident — Münster

Regierungbaudirektor Dipl.-Ing. L. Schrader zum Leit. Regierungbaudirektor,

Regierungsveterinärdirektor Dr. med. vet. G. Jacob zum Leit. Regierungsveterinärdirektor,

Oberregierungs- und -baurat Dipl.-Ing. M. Wiethoff zum Regierungbaudirektor,

Oberregierungs- und -veterinärrat Dr. med. vet. H. Kötter zum Regierungsveterinärdirektor,

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Bielefeld

Oberregierungsvermessungsrat J. Frisse zum Regierungsvermessungsdirektor,

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Düsseldorf

Oberregierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. Dr.-Ing. W. Bäro zum Regierungsvermessungsdirektor nach Versetzung vom Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Mönchengladbach —,

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Minden

Regierungsvermessungsassessor Dipl.-Ing. H.-J. Münnichhausen zum Regierungsvermessungsrat,

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Mönchengladbach

Regierungsrat Dipl.-Ing. H. Krauss zum Oberregierungs- rat,

Regierungsvermessungsassessor Dipl.-Ing. H. Mocken zum Regierungsvermessungsrat,

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Münster

Regierungsrat W. Hesse zum Oberregierungs- rat,

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Soest

Regierungsvermessungsassessor Dipl.-Ing. M. Lau- gisch zum Regierungsvermessungsrat,

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Waldbröl

Regierungsrat D. Clotten zum Oberregierungs- rat,

Staatliches Forstamt — Hardehausen

Forstmeister Dipl.-Forstwirt M. Ackemann zum Oberforstmeister,

Staatliches Forstamt — Olpe

Forstassessor Dipl.-Forstwirt G. Winckler zum Forstmeister,

Wasserwirtschaftsamt Aachen

Oberregierungsbaudirektor Dipl.-Ing. O. Blumenthal zum Regierungbaudirektor,

Wasserwirtschaftsamt Düsseldorf

Regierungbaudirektor Dipl.-Ing. W. Schmitz zum Oberregierungsbaudirektor,

Regierungsbauassessor Dipl.-Ing. G. Berkold zum Regierungsbaurat,

Regierungsbauassessor Dipl.-Ing. A. Leberke zum Regierungsbaurat,

Wasserwirtschaftsamt Hagen

Oberregierungsbaudirektor Dipl.-Ing. K. Narten zum Regierungbaudirektor,

Wasserwirtschaftsamt Lippstadt

Oberregierungsbaudirektor Dipl.-Ing. K.-H. Schulte zum Regierungbaudirektor,

Wasserwirtschaftsamt Minden

Oberregierungsbaurat Dipl.-Ing. H. Bernhardt zum Regierungsbaudirektor,

Regierungsbauassessor Dipl.-Ing. W. Seidel zum Regierungsbaurat,

Wasserwirtschaftsamt Münster

Regierungsbaurat Dipl.-Ing. B. Foschepoth zum Oberregierungsbaurat,

Staatliches Veterinäruntersuchungsamt Arnsberg

Oberregierungsveterinärrat Dr. med. vet. E. Schaal zum Regierungsveterinärdirektor,

Staatliches Veterinäruntersuchungsamt Detmold

Oberregierungsveterinärrat Dr. med. vet. H. Klein zum Regierungsveterinärdirektor,

Staatliches Veterinäruntersuchungsamt Münster

Oberregierungsveterinärrat Dr. med. vet. W. Münker zum Regierungsveterinärdirektor,

Forschungsstelle für Grünland und Futterbau des Landes NRW in Kleve-Kellen

Oberregierungsrat Dipl.-Landwirt Dr. N. Mott zum Regierungsdirektor,

Landwirtschaftsassessor Dipl.-Landwirt Dr. H. Lennartz zum Landwirtschaftsrat.

Es sind versetzt worden:

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Köln —

Oberregierungsrat Dr. K. Wimmers zum Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Waldbröl,

Früheres Staatliches Fleischbeschauamt Gütersloh

Oberregierungsveterinärrat Dr. med. vet. E. Westhoff zum Landkreis Wiedenbrück.

Es sind in den Ruhestand getreten:

Regierungspräsident — Düsseldorf —

Leit. Regierungsveterinärdirektor Dr. med. vet. B. Reinus,

Regierungspräsident — Köln —

Oberregierungs- und -baurat Dipl.-Ing. R. Handt,

Regierungspräsident — Münster —

Leit. Regierungsbaudirektor Dipl.-Ing. L. Schrader,

Oberregierungsveterinärrat Dr. med. vet. F. Müller.

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Bielefeld —

Regierungsvermessungsdirektor K. Kuhmann.

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Coesfeld —

Oberregierungsvermessungsrat H. Buss,

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Münster —

Oberregierungsvermessungsrat K. Rennekamp,

Wasserwirtschaftsamt Münster

Regierungsbaudirektor Dipl.-Ing. O. Buchner.

Es ist ausgeschieden:

Wasserwirtschaftsamt Bonn

Regierungsbaurat Dipl.-Ing. B. Fokken.

Es sind verstorben:

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Münster —

Oberregierungsvermessungsrat R. Pietzka,

Oberregierungsvermessungsrat H. Regenbrecht.

— MBl. NW. 1970 S. 45.

Hinweise**Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 82 v. 17. 12. 1969**

Glied.-Nr.	Datum	(Einzelpreis dieser Nummer 0,70 DM zuzügl. Portokosten)	Seite
2005	2. 12. 1969	Gesetz zur Errichtung eines Landesoberbergamtes	900
20301	2. 12. 1969	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Laufbahnen der Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes in den Feuerwehren	900
45 7833	2. 12. 1969	Verordnung zur Bestimmung der für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach der Hygiene-Verordnung zuständigen Verwaltungsbehörde	900
600	2. 12. 1969	Verordnung über die Zuständigkeit der Finanzämter bei Steuervergehen und Steuerordnungswidrigkeiten	900
600	3. 12. 1969	Zweite Verordnung über die Änderung der örtlichen Zuständigkeit der Finanzämter Detmold und Lemgo	901
	2. 12. 1969	Verordnung zur Festsetzung des Wertes der Sachbezüge nach § 160 Abs. 2 Reichsversicherungssordnung für das Kalenderjahr 1970	901

— MBl. NW. 1970 S. 48.

Nr. 83 v. 18. 12. 1969

Glied.-Nr.	Datum	(Einzelpreis dieser Nummer 2,10 DM zuzügl. Portokosten)	Seite
602	9. 12. 1969	Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage	904

— MBl. NW. 1970 S. 48.

Nr. 84 v. 19. 12. 1969

Glied.-Nr.	Datum	(Einzelpreis dieser Nummer 1,40 DM zuzügl. Portokosten)	Seite
113	9. 12. 1969	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Führung des Landeswappens	937
202 2021 77	26. 11. 1969	Bekanntmachung des Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Nordrhein-Westfalen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände	928
20320	1. 12. 1969	Fünfte Verordnung zur Änderung der Eingruppierungsverordnung	929
20320	1. 12. 1969	Bekanntmachung der Neufassung der Verordnung über die Eingruppierung der mit Landesbeamten nicht vergleichbaren Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände im Lande Nordrhein-Westfalen (Eingruppierungsverordnung — EingrVO —)	931
20320	1. 12. 1969	Verordnung über die Dienstaufwandsentschädigung des allgemeinen Vertreters des Oberkreisdirektors	937
205		Berichtigung der Bekanntmachung der Neufassung des Polizeigesetzes (PolG) vom 28. Oktober 1969 (GV. NW. S. 740)	937
	4. 12. 1969	Verordnung zur Überleitung der bei dem Amtsgericht Horn anhängigen Verfahren	937

— MBl. NW. 1970 S. 48.

Nr. 85 v. 23. 12. 1969

Glied.-Nr.	Datum	(Einzelpreis dieser Nummer 2,80 DM zuzügl. Portokosten)	Seite
2020	16. 12. 1969	Gesetz zur Neugliederung des Ennepe-Ruhr-Kreises	940

— MBl. NW. 1970 S. 48.

Nr. 86 v. 29. 12. 1969

(Einzelpreis dieser Nummer 1,40 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
2020	18. 12. 1969	Gesetz zur Neugliederung des Kreises Kempen-Krefeld und der kreisfreien Stadt Viersen	966

— MBl. NW. 1970 S. 49.

Nr. 87 v. 30. 12. 1969

(Einzelpreis dieser Nummer 0,70 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
2005	18. 12. 1969	Verordnung über Zuständigkeiten im Kreis Kempen-Krefeld	982
20320		Berichtigung der Verordnung über die Dienstaufwandsentschädigung des allgemeinen Vertreters des Oberkreisdirektors vom 1. Dezember 1969 (GV. NW. S. 937)	988
20323	8. 12. 1969	Verordnung zur Übertragung versicherungsrechtlicher Zuständigkeiten des Innenministers	982
20323	10. 12. 1969	Verordnung zur Übertragung versicherungsrechtlicher Zuständigkeiten des Justizministers	982
2251	18. 12. 1969	Bekanntmachung des Staatsvertrages über die Höhe der Rundfunkgebühr	984
2251	18. 12. 1969	Bekanntmachung des Abkommens über einen Finanzausgleich zwischen den Rundfunkanstalten	985
2251	23. 12. 1969	Verordnung über die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht	986
301	5. 12. 1969	Verordnung über die Errichtung einer Zweigstelle des Amtsgerichts Siegburg in Hennef	982
301	22. 12. 1969	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Übertragung von Landwirtschaftssachen	983
7133	23. 12. 1969	Gesetz zur Errichtung einer Landeseichdirektion als Landesoberbehörde	987
	16. 12. 1969	Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte bei den zum 1. Januar 1970 eintretenden Änderungen von Amtsgerichtsbezirken	983
	22. 12. 1969	Verordnung zur Überleitung der bei dem Amtsgericht Dülken anhängigen Verfahren	983

— MBl. NW. 1970 S. 49.

Inhalt des Amtsblattes des Kultusministeriums Land Nordrhein-Westfalen**Nr. 12 — Dezember 1969**

(Einzelpreis dieser Nummer 1,— DM zuzügl. Portokosten)

A. Amtlicher Teil	Seite	Seite
Personalaufnahmen	425	
I Kultusminister		
Verordnung über die Einrichtung des Vorbereitungsdienstes für das Lehramt an der Grundschule und Hauptschule. Vom 13. Oktober 1969	426	
Verordnung über den Schulbezirk der Bezirksfachklasse für sonstige graphische Berufe an der Gewerblichen Berufs-, Berufsfach- und Berufsaufbauschule der Stadt Essen — Schule Ost. Vom 22. Juli 1969	426	
Lehrerstellenbeiträge für das Rechnungsjahr 1968; hier: Feststellung der tatsächlichen Ausgaben gemäß § 4 Abs. 5 SchFG. RdErl. d. Kultusministers v. 22. 10. 1969	427	
Raumprogramme der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen; hier: Sprachlaboratorium. RdErl. d. Kultusministers v. 14. 10. 1969	427	
Zeugnisse und Bescheinigung über die Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften und Sonderkursen für die Hauptschule. RdErl. d. Kultusministers v. 4. 11. 1969	428	
Errichtung von weiteren Bezirksseminaren für das Lehramt an der Grundschule und Hauptschule in Nordrhein-Westfalen. RdErl. d. Kultusministers v. 19. 8. 1969	428	
Errichtung eines weiteren Bezirksseminars für das Lehramt an der Grundschule und Hauptschule in Nordrhein-Westfalen. RdErl. d. Kultusministers v. 5. 11. 1969	428	
II Ministerpräsident — Geschäftsbereich Hochschulwesen — Höhere Fachschulen; hier: Exkursionen und Studienfahrten. RdErl. d. Ministerpräsidenten v. 30. 10. 1969	430	
Richtlinien für die Beschäftigung und Vergütung wissenschaftlicher Hilfskräfte und studentischer Hilfskräfte an den wissenschaftlichen Hochschulen; hier: Änderung. RdErl. d. Ministerpräsidenten v. 14. 11. 1969	430	
Sozialbeitragsordnung der Universität Bielefeld. Bek. d. Ministerpräsidenten v. 31. 10. 1969	430	

— MBl. NW. 1970 S. 49.

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 24 v. 15. 12. 1969

(Einzelpreis dieser Nummer 0,30 DM zuzügl. Postkosten)

	Seite	Seite
Allgemeine Verfügungen		
Führung der Personalakten	277	
Verfahren bei der Urlaubserteilung und bei Erkrankungen	278	
Benachrichtigung in Nachlaßsachen	279	
Vergünstigung bei der Umsatzsteuer nach dem Berlinhilfegesetz (BHG)	279	
Aufhebung von Amtsgerichten und Änderung von Amtsgerichtsbezirken; hier: Überleitungsbestimmungen	279	
Einrichtung von Kammern für Handelssachen	279	
Anordnung über die Amtstracht bei den ordentlichen Gerichten	280	
Einführungserlaß zu der Anordnung über die Amtstracht bei den ordentlichen Gerichten	280	
Bekanntmachungen	280	
Personalnachrichten	280	
Rechtsprechung		
Zivilrecht		
1. ZPO §§ 272 a, 448. — Zur Problematik der §§ 272 a, 448 ZPO. OLG Köln vom 12. November 1968 — 9 U 167/68	281	
2. EGBGB Art. 12; BGB §§ 823, 249, 254. — Zur Frage, welches Recht ein deutsches Gericht anzuwenden hat, wenn deutsche Staatsangehörige über die Verantwortlichkeit für einen Skiunfall im Ausland streiten. — Über Sorgfaltspflichten bei einem Skiaufsturzlauf. OLG Köln vom 12. November 1968 — 9 U 95/68	282	
3. BGB § 1800 II; FGG § 55 a I. — Wechselt während eines Genehmigungsverfahrens nach § 1800 II BGB der Vormund, so kann das laufende Verfahren mit dem neuen Vormund auch dann fortgesetzt werden, wenn es sich bereits in der Beschwerdeinstanz befindet. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Genehmigung dem ersten Vormund gegenüber wirksam geworden ist oder nicht. OLG Hamm vom 18. November 1968 — 15 W 451/68	284	
4. BGB § 1811. — Die Anlage des Vermögens eines Pflegebefohlenen in Investmentanteilen bestimmter US-Fonds ist als vorteilhaft zu bezeichnen.		
		284
		sie ist nicht unsicherer und ebensogut zu kontrollieren wie die Anlage in Investmentanteilen inländischer Gesellschaften und daher nach § 1811 BGB zu gestatten. LG Bielefeld vom 17. Oktober 1969 — 3 a T 106/69
		284
Strafrecht		
1. StGB § 24 I Nr. 2, § 26. — Die Auflage an einen Verurteilten, während der vierjährigen Bewährungszeit keine selbständige kaufmännische Tätigkeit auszuüben, verstößt, sofern sie keinen unzumutbaren Eingriff in die Lebensführung des Verurteilten enthält, weder gegen Art. 12 GG noch gegen eine sonstige gesetzliche Bestimmung. OLG Hamm vom 22. Oktober 1968 — 2 Ws 318/68	285	
2. StGB § 316; StPO § 267. — Eine nach § 316 StGB verhängte Geldstrafe ist jedenfalls dann offenbar unangemessen und deshalb rechtsfehlerhaft, wenn die Vollstreckung einer Gefängnisstrafe aus Gründen des öffentlichen Interesses nicht zur Bewährung hätte ausgesetzt werden dürfen. OLG Hamm vom 5. November 1968 — 3 Ss 1950/67	285	
3. StGB § 113; PVG § 14. — Bei einem trunkenheitsbedingt fahruntauglichen Kraftfahrer rechtfertigt der polizeirechtliche Gesichtspunkt der Gefahrenabwehr die Einbehaltung des Führerscheins mindestens bis zur Beendigung des verkehrsuntauglichen Zustands, da dieses Mittel immerhin eine gewisse „psychologische Hemmung“ gegen eine weitere Benutzung des Kraftfahrzeugs schafft (Klarstellung zur Senatsentscheidung in NJW 68, 666). OLG Köln vom 19. November 1968 — Ss 452/68	286	
4. StGB §§ 316, 23. — Ausnahmsweise kann auch bei vorsätzlichem Verstoß gegen § 316 StGB die Strafe zur Bewährung ausgesetzt werden. OLG Hamm vom 26. November 1968 — 3 Ss 1701/67	287	
5. StPO § 261. — Grenzen der freien Beweiswürdigung. OLG Hamm vom 6. Dezember 1968 — 1 Ss 1528/68	287	
6. StGB § 368 Ziff. 9. — Ein im Privateigentum stehender Platz mit 20 × 20 m Grundfläche ist auch dann kein Privatweg im Sinne des § 368 Ziff. 9 StGB und genießt daher nicht dessen Strafschutz, wenn er der einzige Zugang zu den angrenzenden Gebäuden ist. OLG Hamm vom 9. Dezember 1968 — 4 Ss 1577/68	287	
		— MBl. NW. 1970 S. 50.

Einzelpreis dieser Nummer 0,90 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Westdeutschen Landesbank, Girozentrale Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen.

Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.
Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf;
Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post.
Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert.

Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 15,80 DM, Ausgabe B 17,— DM.
Die genannten Preise enthalten 5,5 % Mehrwertsteuer.